

Es gilt das gesprochene Wort;

Sehr geehrter Herr Bürgermeister; meine sehr verehrten Damen und Herren;

Zunächst einmal gilt der Dank der SPD-Fraktion dem Kämmerer und der Verwaltung, die diesen Haushalt unter schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen aufstellen mussten.

Aber auch hier eine Haushaltsrede zu halten, die sich von der des letzten Jahres unterscheidet, ist heute nicht einfach, zu ähnlich sind die Haushalte aufgestellt, zu ähnlich sind die Risiken. Um es mit Herrn Schwarzenberg zu sagen: „Und täglich grüßt das Murmeltier“

Ansonsten war 2005 ein im wahrsten Sinne des Wortes ein schwarzes Jahr.

Regierungswechsel in Land und Bund, wobei die neue Bundesregierung, das gebe ich gerne zu, kein schlechtes Bild abgibt.

Das gilt für die schwarz gelbe Landesregierung nicht.

Nur 2 Beispiele.

1.) Die geplante Aufhebung der Schulgrenzbezirke wird nicht nur von unserer Verwaltung mit großer Sorge gesehen. Es bedeutet nichts anderes, als dass sich die Schulpolitik aus der Verantwortung für die gesellschaftliche Integration von Migrantenkindern verabschiedet, mit fatalen Folgen nicht nur für die Betroffenen. Langfristig wird es - Insbesondere in Verbindung mit dem geplanten Schulranking – zu einem Zwei-Klassen-Schulsystem führen. Damit wird die Abhängigkeit der Bildungschancen des einzelnen Kindes von seiner sozialen Herkunft noch verstärkt. Die SPD-Fraktion ist hier der Meinung, dass Schulgrenzbezirke dem wirklichen Bedarf anzupassen sind. Der vorgestellte Schulentwicklungsplan hat diese Notwendigkeit deutlich aufgezeigt.

2.) Die vollmundig im Landtagswahlkampf versprochene Erhöhung der Mittel für den Landesjugendplan auf 95 Mio. Euro wird nicht nur nicht eingehalten, sie werden auf 75 Mio. Euro zusammengestrichen. Das bedeutet, dass Einrichtungen im Kreis Coesfeld von der Schließung betroffen sein können. Bernhard Tenhumberg, CDU Landtagsabgeordneter aus Borken sagt dazu: Es kann nicht sein, dass wir auf einem zentralen Gebiet christdemokratischer Politik unsere Versprechen nicht einhalten. Ich kann meinen Wählern und sogar meiner eigenen Familie ja nicht mehr in die Augen schauen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Sicher ist das Land in einer schwierigen finanziellen Situation, aber wir

werden die Politik der sozialen Kälte vor Ort zu spüren bekommen.

Zum Haushalt selbst:

Am 20 Dezember wurde der Haushalt 2006 eingebracht. Erneut mit einem hohen strukturellen Defizit. Dem Verwaltungshaushalt fehlen 3,473 Mio. Euro, die aus dem Vermögenshaushalt zugeführt werden müssen. Grundverkäufe sollen 4,65 Mio. Euro bringen.

Der Haushalt 2005 schließt mit einem Fehlbetrag ab, der uns enorm belastet und uns auch 2007 enorm belasten wird. Die Einnahmen aus Grundverkäufen sind nicht so geflossen, wie die Verwaltung prognostizierte und die CDU geglaubt hat. Gewerbesteuerereinnahmen mussten bereinigt werden und Hartz IV belastet den kommunalen Haushalt stärker als geplant. Das sind die Hauptgründe für das desaströse Abschneiden 2005, und dieses Ergebnis war zu erwarten. Genau aus diesem Grunde konnten wir letztes Jahr dem Haushalt nicht zustimmen.

Wie erreichen wir denn 2006 überhaupt diesen Ausgleich? Ist das realistisch oder reine Fiktion, reines Wunschdenken nach dem Prinzip Hoffnung; und welche Konsequenz haben die Maßnahmen, sollten wir – wie auch der Bürgermeister in seiner Rede betonte, 2007 in ein Haushaltssicherungskonzept fallen, wenn sich nicht grundlegend etwas ändert? Das sind doch die entscheidenden Fragen die wir uns bei diesem Haushalt stellen müssen.

Dieser Haushalt schafft Fakten, auch Fakten für die Zukunft!

Die Rahmenbedingungen, die zu einem fiktiven Ausgleich führen sind hauptsächlich:

- 1.) Grundverkäufe für 4,65 Mio Euro
- 2.) Verkauf der RWE-Aktien
- 3.) Erhöhung der Fiktiven Hebesätze
- 4.) Einführung der Zweitwohnungssteuer
- 5.) Fiktive Mehreinnahmen von 60.000 Euro durch Parkgebühren
- 6.) Absenkung der Straßenbeleuchtung
- 7.) Hundebestandsaufnahme
- 8.) Einschnitte im ÖPNV und des Schülerverkehrs

Finanzen:

In der HFA-Sitzung vom 16.02. wurden die Zahlen des Haushaltsentwurfes aktualisiert. Die Situation stellt sich wie folgt dar: Die Zuführung zum Verwaltungshaushalt beträgt fast 3,5 Mio. Euro. Meine Damen und Herren, das ist das strukturelle Defizit, diesen 3,5 Mio. Euro stehen keine Investitionen gegenüber, das müssten wir normalerweise im

Verwaltungshaushalt erwirtschaften, schaffen es aber nicht. Im Vergleich zu 2005 ist dieses Defizit sogar noch gestiegen. Die Einnahmen aus Grundverkaufserlösen soll 2006 4,6 Mio. Euro bringen, mehr noch als 2005. Ich nenne das Wunschdenken. Wunschdenken um einen Ausgleich lediglich auf dem Papier hinzubekommen. Den Ansatz aus dem letzten Jahr von 4,3 Mio Euro haben wir noch nicht mal zur Hälfte realisieren können. Hinzu kommt die Entwicklung der Schulden: Für über 11 Mio. Euro Schulden müssen wir Zinsen; Leasingraten und Tilgung aufbringen, wohlgermerkt ohne Abwasserwerk. Hinzu kommen aber in 2006 erstmals voll die Kosten für das Hallenbad von 436.000 Euro. Hinzu rechnen müssen wir auch die Verpflichtungen, die wir haben für die Erschließung der Wohngebiete, auch für die, die wir jetzt erschließen. Wir haben Verständnis für die Anwohner im Paterkamp und Kranichholz, die endlich den Endausbau ihrer Straßen fordern. Investitionen finden wenn überhaupt, hauptsächlich bei der Feuerwehr und beim DRK statt. Das ist gut, aber das reicht vorne und hinten nicht.,

Wir müssen die RWE-Aktien zum Ausgleich verkaufen. 500.000 Euro soll der Verkauf in die Kasse spülen; aber auch dieser Erlös kann nur einmal erzielt werden. Angesichts der schiefen Haushaltslage aber eine richtige Entscheidung auch zum richtigen Zeitpunkt. Wenn wir wie von B90/Grüne gefordert, dieses Paket vor 3 Jahren verkauft hätten, läge der Erlös pro Aktie bei unter 20 Euro, heute steht er bei über 71 Euro.

Die Einführung einer Zweitwohnungssteuer, die 35.000 Euro bringen soll, tragen wir mit. Wir erwarten dafür aber auch, dass die Steuerzahler auch die öffentlichen Einrichtungen wie den Recyclinghof nutzen können und nicht dort zurückgewiesen werden weil kein COE am Nummernschild steht.

Der verzweifelte Versuch der Einnahmeverbesserung spiegelt sich auch darin, die in Lüdinghausen ansässigen Bordellbetriebe zu besteuern. Die Vergnügungssteuersatzung ist entsprechend geändert worden. Das hat die SPD ebenso mitgetragen wie sie es begrüßt, eine Hundebestandsaufnahme durchzuführen. 8.000 Euro Mehreinnahme sind veranschlagt, hoffentlich keine Verletzten.

Gebühren und Fiktive Hebesätze

Die Gebühren haben wir bis auf die Abwassergebühren mitgetragen, da haben wir, obwohl sie gesenkt wurden, deutlichere Spielräume nach unten gesehen.

Am 24.01 gab es eine Sondersitzung des Rates, wo die fiktiven Hebesätze für die Grundsteuer A; B und für die Gewerbesteuer wie von der Verwaltung vorgeschlagen über die Hebesätze des Landes angehoben wurden. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie das immer vom Bürgermeister und von der CDU – als es noch eine SPD-Landesregierung gab- massiv kritisiert wurde. So sagte Bürgermeister Borgmann immer wieder:“ Auf Grund der allgemeinen Lage sind Steuererhöhungen nicht angebracht“. Von der CDU,

insbesondere von Herrn Schlütermann wurde immer bedauert:“ Leider hat das Land die fiktiven Hebesätze in dieser Höhe festgesetzt. Deshalb müssen wir auch unsere Bürger in dieser Höhe zur Kasse bitten.“

Die SPD-Fraktion sieht keinen Anlass, die Hebesätze für die Grundsteuer A + B, wie sie der Bürgermeister vorschlägt, zu erhöhen. Wir stellen fest, dass sich die Situation für die Bürger nicht verbessert sondern eher verschlechtert hat, denn die so genannte zweite Miete belastet den Bürger heute stärker denn je. Die alten fiktiven Hebesätze gelten nach wie vor landesweit, sie wurden von der neuen Landesregierung noch nicht verändert. Deshalb gibt es definitiv keinen Grund die kommunalen Steuern anzuheben. Und ich möchte hinzufügen, dass wir hier einen großen Fehler begehen. Es war so, dass Kommunen die sich in einem Haushaltssicherungskonzept befinden, für die Realsteuern überdurchschnittlich hohe Hebesätze festlegen mussten. Das Innenministerium hat am 10.01.2006 mitgeteilt, dass es in Zukunft ausreicht, wenn die kommunalen Hebesätze mindestens dem Durchschnitt vergleichbarer Kommunen entsprechen, also dem Wert, den wir hatten. Sollten wir tatsächlich in ein Haushaltssicherungskonzept fallen, ist eine Senkung der Hebesätze auf den Durchschnitt jedoch nicht möglich. Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wir steuern mit Riesenschritten in die Haushaltssicherung und mit einer Erhöhung der fiktiven Hebesätze lösen wir die Probleme nicht einmal ansatzweise. Aber den Bürger belasten wir damit und können es noch nicht einmal rückgängig machen. So etwas nenne ich einen Bärenienst. Und um dem noch eins draufzusetzen, werden die Mehreinnahmen aus der Grundsteuer A zweckgebunden für die Wirtschaftswege im Außenbereich eingesetzt. Sicher ist auch dort Handlungsbedarf, aber seit wann wird eine Mehreinnahme aus Steuern zweckgebunden festgeschrieben? Im Umkehrschluss heißt das nichts anderes, als dass die Mehreinnahmen aus der Grundsteuer B für den Ausbau der Straßen im Kranichholz und Paterkamp eingesetzt werden müssten. Denn die Bürger haben den Ausbau bereits vorfinanziert und erwarten zu recht die Gegenleistung. Das ist reine Klientelpolitik der CDU-Fraktion, die wohl in Ihren Beratungen der Bauernlobby Zugeständnisse machen musste. Die tragen wir nicht mit und verurteilen diese Politik aufs schärfste. Klientelpolitik ist das letzte, was wir angesichts leerer Kassen brauchen.

Die Gewerbesteuererinnahmen von 4,2 Mio Euro sehen auch wir als realistisch eingeschätzt. In Lüdinghausen sinken aber diese Einnahmen, in Bundesdurchschnitt sind die Einnahmen gestiegen. Das hat viele Gründe, aber die sind von der Stadt kaum zu beeinflussen. Die Sparkasse Westmünsterland sei hier nur beispielhaft genannt. Von den Schlüsselzuweisungen, die um 990.000 Euro steigen, bleiben gerade mal 10.000 Euro übrig. Der größte Ausgabenblock ist die Kreisumlage mit 9,5 Mio. Euro. Hier haben wir alle uns eine größere Entlastung durch den Kreis erhofft. Die Bürgermeisterkonferenz hat es oft

angesprochen, aber wenig erreicht. Die CDU Mehrheit auch im Kreis lässt ihre Kommunen in Zeiten größter Not allein. Im Kreishaushalt ist aus unserer Sicht mehr Spielraum nach unten.

Innenstadt:

Wir freuen uns mit Ihnen, dass wir den Wettbewerb „Stadt macht Platz“ gewonnen haben. Das bedeutet aber, dass wir im ersten Schritt 180.000 Euro ausgeben wollen, von denen 120.000 Euro als Landesmittel fließen und 35.000 Euro als private Spenden zugesagt sind. Wir bekommen für 25.000 Euro eine Gegenleistung im Wert von 180.000 Euro, um den Bürgermeistervorplatz attraktiv und interessant zu gestalten. Wir sehen diese 25.000 Euro als aktive Wirtschaftsförderung für die Innenstadt an, obwohl wir an anderer Stelle auch Prioritäten setzen müssen. Ich erinnere hier nur an die Diskussion um die Innenhöfe, die zum Teil in einem Zustand sind, den man den Gästen, die wir auch zur Fußball-WM erwarten, eigentlich nicht zumuten wollen. Hier muss dringend gemeinsam mit den Anwohnern nach kostengünstigen Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, und zwar kurzfristig!

Die Brötchentaste wurde in der Bevölkerung heftig diskutiert. Selten gab es nach der Einbringung des Haushaltes so viele Leserbriefe. Diese Taste bedeutet einen freiwilligen Verzicht der Gemeinde auf Parkgebühren und soll die Attraktivität der Innenstadt erhöhen“. Darauf verzichten wir seit 1995, obwohl es erst ab 2003 rechtlich erlaubt war. Das eigentlich Entscheidende ist die Attraktivität! Die Bewirtschaftung der Parkplätze ist damals nicht gemacht worden um Geld zu verdienen, das Dauerparken sollte eingeschränkt werden. Kurzbesuche bei Post, Bank oder zur Lottostelle sind bisher kostenfrei. Wir haben große Sorge – erst recht, wenn der Darley-Park und der Lidl dieses Jahr eröffnen sollten - das aus dem Schnupfen, den unsere Innenstadt immer noch hat, eine echte Grippe wird. 60.000 Euro schätzt die Verwaltung die Mehreinnahme und belegt das durch Zahlen. Wenn jeder gezogene Parkschein auch dafür benutzt worden wäre, dann wären die Zahlen korrekt. In der Praxis sieht das anders aus. Da drückt auch schon mal ein Kind auf den Automaten. Nun wird die Zeit von 30 auf 15 Minuten verkürzt, aber der Takt wird nicht geändert. Die Änderung des Taktes hätte zumindest für eine gerechtere, weil genauere Abrechnung geführt, aber was bringen diese 15 Minuten, dieses halbe Brötchen? Nicht viel und erst recht keine 60.000 Euro! Richtig und sinnvoll ist es aber, das Dauerparken in bester Innenstadtlage zu reduzieren und die innenstadtnahen Parkflächen Rüschkamp, in der Borg und an der Alten Molkerei zu bewirtschaften. Das führt zu einer höheren Frequentierung der Parkflächen und somit auch zu weniger Parksuchverkehr. Wir haben über 900 kostenlose Dauerparkplätze, davon ein Teil in unmittelbarer Innenstadtlage. Den Berufstätigen die diese Plätze belegen, ist durchaus zuzumuten, statt 50 m auch 500 m zu laufen. Daher ist die Abschaffung der Brötchentaste kontraproduktiv und auch die fiktiven Mehreinnahmen nicht

nachvollziehbar.

Anmerkungen Schulen / Sport:

In der Schulausschusssitzung wurde der Schulentwicklungsplan vorgestellt. Deutlich wurde hier die kritische Situation an der Paul-Gerhard-Schule. Sie ist die einzige Gemeinschaftsgrundschule in Lüdinghausen und hat daher auch einen deutlich höheren Anteil an Migranten wie die anderen Grundschulen. Laut Entwicklungsplan ist die Schule von der Einzügigkeit bedroht. Die Ostwallschule hingegen platzt bereits jetzt wieder aus allen Nähten. Um die 3 Grundschulen mittelfristig zu sichern und den Eltern und Kindern ein differenziertes Angebot pädagogischer Konzepte anbieten zu können, muss darüber nachgedacht werden, ob die Konfessionsgebundenheit der anderen Grundschulen, die ja faktisch gar nicht mehr existiert, noch zeitgemäß ist.

Weiter verschoben wird der Umbau der Marienschule in Seppenrade. Auch ein völlig unbefriedigender Zustand, der jedes Jahr in jeder Haushaltsrede bemängelt wird. Die notwendige Weiterentwicklung der Schule zur offenen Ganztagsgrundschule bietet aber eine Chance zur Verbesserung mittelfristig auch für die Seppenrader Grundschulkinder. Dieses SPD-Modell ist erfolgreich und das wird endlich auch von anderer Seite anerkannt.

Im Bereich des Sportes ist die Verlagerung der Sportanlage Seppenrade das zur Zeit dominierende Thema. Nur hat sich die ursprüngliche Situation geändert. Ich darf hier noch einmal daran erinnern. Wir wollten einem Investor das jetzige Sportgelände zur Vermarktung geben, damit er aus den zukünftig zu erwartenden Erlösen das neue Sportgelände vorfinanziert. Ob diese richtige Vorgehensweise noch umsetzbar ist, bezweifeln wir. Stattdessen werden andere Fakten geschaffen. Es ist wahrscheinlich, dass bereits rechtskräftiges Bauland dem Investor dafür gegeben werden muss. Die Probleme der Vermarktung und überhaupt der Entwicklung des alten Sportgeländes bleiben bei der Stadt. Das entspricht nicht der ursprünglichen Planung und es ist zur Zeit jedenfalls nicht abzusehen, wann dieses Gelände vermarktet werden kann. Die Stadt geht hier ein hohes finanzielles Risiko ein. Wir haben Kastanienallee West bereits für 860.000 Euro erschlossen. Einnahmen werden wir daraus dann nicht mehr erzielen können. Der Bau der neuen Sportanlage verzögert sich immer weiter, Kastanienallee West hat bereits Rechtskraft, die Sportanlage noch nicht, soll im Mai aber Rechtskraft erlangen. Verzögert sich hier der Baubeginn angesichts leerer Kasse? Diese Frage sollte den Fortunen vom Bürgermeister und von der Mehrheitsfraktion ehrlich beantwortet werden.

Entwicklung/Perspektive

Es ist wahrscheinlich, dass sich 2006 private Investoren in Lüdinghausen engagieren. Wir

erwarten die Ansiedlung Lidl, Aldi in Seppenrade, Bruno Kleine, Edeka im Bereich der Janackerstiege. Gerade hier macht der Architektenentwurf deutlich, wie nachhaltig mit der ökologischen Wertigkeit der Janackerstiege und ihrer Heckenstruktur umgegangen worden ist. Das ist nicht zuletzt auch dem „Zukunftsfähigen Lüdinghausen“ zu verdanken. Doch für die jetzige Kritik haben wir wenig Verständnis. Zukunftsfähig bedeutet auch, sich neuen Entwicklungen zu öffnen und nicht den Status Quo beibehalten zu wollen! Zukunftsfähig bedeutet, Ökologie und Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen. Und wir meinen, dass es an der Janackerstiege gelingen kann.

Es mag gelingen die den Haushalt belastende Bodenvorratspolitik der letzten Jahre zu reduzieren. Ich muss hier das brachliegende Grundstück K 13/Borg und an die Diskussion um ein Parkhaus erinnern. An dieser Stelle tut sich gar nichts, Teuer gekauft, zahlen wir hierfür heute Zinsen. Diese Mittel fehlen heute dringender denn je.

Vielleicht gelingt es die Grundstücke Freiheit Wolfsberg zu veräußern, Fragezeichen über Fragezeichen. Wie sie selbst in einem Ausschuss sagten; Herr Dr. Wald, „Wir haben jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt“, die Quittung wird uns jetzt serviert. Hier ist doch ihre Partei, die seit 60 Jahren immer die Entscheidungen auch allein gegen den Willen der anderen Parteien getroffen hat, verantwortlich. Verantwortlich für die jetzige Situation, die unsere Lüdinghauser Bürger belastet. Mag sein, dass die Gewerbesteuereinnahmen bereinigt wurden und die Zahlen stimmig sind, mag sein dass ein Teil der Grundverkaufserlöse erzielt werden, mag sein, aber am Kern ändert das nichts, rein gar nichts. Verantworten muss das die Mehrheitsfraktion. Und auch die Entscheidungen heute führen zu einer dauerhaften Mehrbelastung für unsere Bürger, führen zu weniger Lebensqualität und zu einem Attraktivitätsverlust für die Innenstadt.

Verantwortlich für die die Finanzmisere der Kommunen ist aber auch die gescheiterte Gemeindefinanzreform. Seit 2004 warten wir darauf, 7 Mrd. Euro Entlastungsvolumen hätte es für die Kommunen bedeutet. Es ist durch die CDU im Vermittlungsausschuss Ende 2003 gescheitert, ich habe es oft genug erwähnt. Die Konsequenz daraus verdeutlichte der Präsident des deutschen Städtetages Christian Ude im November 2005: „Weder jahrelange strikte Haushaltskonsolidierung noch gestiegene Einnahmen aus der Gewerbesteuer hätten den Stadthaushalt sanieren können. Die neue Bundesregierung muss endlich eine Gemeindefinanzreform verwirklichen, die die Finanzkraft der Städte stärkt und ihre Einnahmen verstetigt“.

Schluss:

In diesem Jahr müssen auch die Weichen für die geplante Stadthalle in der DKV gestellt werden. Wir müssen alle dieses Thema umgehend anpacken, sonst wird das nichts. Bis zum Jahresende muss eine Entscheidung getroffen worden sein, ansonsten ist der Zug Stadthalle in der alten DKV wohl abgefahren.

Mit der Fußball-Weltmeisterschaft, die in genau 99 Tagen beginnt, steht uns das wohl größte sportliche Ereignis 2006 ins Haus. Hier bieten sich auch für Lüdinghausen gerade im touristischen Bereich erhebliche Potentiale. Die wirtschaftliche Bedeutung für Lüdinghausen und besonders für die hiesige Kaufmannschaft dürfen wir nicht unterschätzen. Zu den Stadien nach Dortmund und Gelsenkirchen sind es keine 50 KM. Auch wir werden Gäste aus vielen Nationen hier in Lüdinghausen begrüßen, sei es als Tagestouristen oder auch als Übernachtungsgäste. Die Kapazitäten in den Spielorten reicht bei weitem nicht aus. Das Motto der WM lautet „Zu Gast bei Freunden“. Freuen wir uns drauf und begrüßen wir sie.

Die SPD-Fraktion konnte den Gebührenerhöhungen nicht zustimmen, wir konnten der Bedienung aus den Rücklagen des Abwasserwerkes nicht zustimmen, schon gar nicht den Erhöhungen der fiktiven Hebesätze mit der Zweckbindung der Grundsteuer A für die Wirtschaftswege. An der Haushaltssituation hat sich seit 2005 nichts geändert, sie hat sich verschlechtert. Die Verwaltung kann am wenigsten für diesen Zustand. Die CDU-Mehrheitsfraktion entscheidet allein und diese Entscheidungen, die hier getroffen werden, trägt die SPD-Fraktion nicht mit.

Wir lehnen den Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung ab, dem Stellenplan stimmen wir zu.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.